

Erklärung von Dr. Ishmael Noko,

Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes

Genf, 18. Juli 2006

Ich schließe mich all jenen an, die die aktuelle schwere Eskalation des Konflikts in Israel, im Gazastreifen und im Libanon verurteilen. Ich beklage die Toten und das Leid, das diese Gewalt so vielen Menschen bereitet, und ihre Auswirkungen auf ganze Gemeinschaften. Und ich trauere um die schweren Schäden, die diese Ereignisse für die Hoffnungen auf ein Wiederaufleben des Friedensprozesses bedeuten. Extremismus, und nur Extremismus, wird von der anhaltenden Gewalt profitieren.

Wenn wir eines aus der unruhigen Geschichte des Heiligen Landes lernen können, dann, dass Gewalt keinen Frieden bringt. Aber angesichts einer so großen Erfahrung des immer wiederkehrenden Auftretens von Gewalt scheint die fehlende Einsicht dieser Tatsache absichtlich zu sein. In dieser Situation sind Begriffe wie „angemessene Mittel“ und Kritik an „unverhältnismäßigen Reaktionen“ schlicht unangebracht. Um der sich beschleunigenden Spirale der Gewalt zuvorzukommen, ist eine klare Ablehnung jeglicher Gewalt als Mittel zur Friedenssicherung nötig sowie eine aufrichtige Verpflichtung zur Gerechtigkeit für alle Menschen im Heiligen Land.

Ich bete dafür, dass all jene, für die Gewalt die instinktive Antwort auf Gewalt darstellt, auf den Weg des Friedens geleitet werden. Ich bete dafür, dass keine weiteren Söhne und Töchter Abrahams, weder israelische noch arabische, im Namen gewalttätiger und andere Menschen ausschließender Ideologien sterben müssen. Ich bete dafür, dass die Menschen erkennen, „was zum Frieden dient“, dass das Heilige Land wieder ein Land des Friedens und eine Inspiration für die Welt wird. Ich bete besonders für die Evangelisch-lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land und die anderen christlichen Kirchen der Region, dass ihr Einstehen für den Frieden gegen die lauten Kriegstrommeln ankommt. Und ich bete dafür, dass alle – die MitarbeiterInnen des Jerusalem-Programms des LWB eingeschlossen –, die den von der aktuellen Situation betroffenen Gebieten Hilfe und Unterstützung zukommen lassen, ebenfalls Unterstützung für ihre unentbehrliche Arbeit erfahren.

Angesichts der momentanen Krise muss die internationale Staatengemeinschaft endlich über Plattitüden hinausgehen und das Erforderliche unternehmen, um der Gewalt entgegenzuwirken, Hoffnung aufkommen zu lassen und Frieden und Gerechtigkeit zu befördern. Es gibt weder Hoffnung noch Vernunft in diesem tödlichen Kreislauf der Gewalt. Die Gewalt, von welcher Seite und mit welcher Rechtfertigung auch immer, muss ein Ende finden. Grundlegendes Unrecht muss behoben werden, wenn Frieden mehr als ein Wort sein soll. Es ist höchste Zeit für die internationale Staatengemeinschaft, eine klare, entschlossene und bedingungslose Sprache zu finden. Ihre Friedensbemühungen im Nahen Osten – Oslo-Abkommen und Road Map gleichermaßen – wurden durch die andauernde Gewalt und das fortbestehende Unrecht torpediert. Ein neuer Ansatz für Frieden im Heiligen Land ist vonnöten, in dem Gerechtigkeit den Kern aller Bemühungen bildet. Wenn die Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft nicht auf Gerechtigkeit als Grundlage des Friedens bestehen, werden sie an der unausweichlichen Fortdauer des Konflikts mitschuldig sein.